

Verhandlungsgliederung

für die mündliche Verhandlung

des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts

am 7. Juli 2015

I. Formalien und Sachbericht

II. Einleitende Stellungnahmen

- Beschwerdeführer zu 1)
- Beschwerdeführer zu 2)
- Bundesregierung

III. Verfassungsrechtliche Bewertung, technische Fragestellungen und bisherige Verwaltungs- und Rechtspraxis

1. Gefahrenabwehr und Straftatverhütung durch Einzelbefugnisse (§ 20g Abs. 1 bis 3, § 20h, § 20j, § 20k, § 20l, § 20m Abs. 1 BKAG)
 - Eingriffsvoraussetzungen, technische Gegebenheiten, Verwaltungs- und Rechtspraxis
2. Kernbereichsschutz und Schutz von Berufsheimnisträgern
 - Übergreifende verfassungsrechtliche Grundstrukturen eines gegliederten Kernbereichsschutzes
 - Anforderungen hinsichtlich der verschiedenen Überwachungsmaßnahmen (§ 20h Abs. 5, § 20k Abs. 7, § 20l Abs. 6, § 20g BKAG), Verwaltungs- und Rechtspraxis, technische Möglichkeiten
 - Verschieden ausgestalteter Schutz zeugnisverweigerungsberechtigter Personen
3. Transparenz, Rechtsschutz, aufsichtliche Kontrolle, Löschungspflichten
 - Benachrichtigungspflichten, aufsichtliche Kontrolle, Protokollierungspflichten, Berichtspflichten

- Löschungspflichten (§ 20v Abs. 6 BKAG)
4. Nutzungsänderung erhobener Daten, Übermittlung an andere Behörden im Inland
 - Übergreifende Maßstäbe: Zweckbindung und Zweckänderung
 - Verwendung von Informationen innerhalb des Bundeskriminalamts (§ 20v Abs. 4 Satz 2 BKAG)
 - Änderung des Verwendungszwecks durch Übermittlung an andere innerstaatliche Behörden (§ 20v Abs. 5 BKAG)
 5. Übermittlung an das Ausland (§ 14 Abs. 1, 7 BKAG)
 6. Rechtsfolgen, Schlussbemerkungen